



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

: Politische Briefe. VIII. : Die Aussichten der Zollreform im Reichstage.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

da klingt aus seinen Schriften eine leise Klage über den wilden Haß der Religionsparteien heraus, denn bei all' seiner protestantischen Ueberzeugung ist er zeitlebens der treuherzige, wohlwollende, mildgesinnte Mann geblieben, als welcher er sich in seiner Selbstbiographie darstellt. Es war ihm nicht, wie mehreren seiner Freunde, vergönnt, in's Große zu wirken; keine geschichtliche That ist von ihm ausgegangen. Was sein Buch uns werth macht, ist auch nicht oder wenigstens nicht vorzugsweise die Persönlichkeit des Schreibers, sondern das, was er in einer an gewaltigen Kämpfen überreichen Zeit mit schlichter, überzeugender Einfachheit dem Gedächtniß späterer Geschlechter überliefert hat. Dagegen ist ihm Alles zu Theil geworden, was das Leben reich und glücklich macht: eine Heimat, die er liebte, ein Wirkungskreis, der ihm entsprach, ein friedliches Familienleben und ein hohes Alter.

Söstein.

Chr. Meyer.

## Politische Briefe.

### VIII.

#### Die Aussichten der Zollreform im Reichstage.

Unser heutiges Thema wurde bereits im ersten dieser Briefe behandelt. Heute läßt sich prüfen, ob wir damals eine richtige Voraussicht bewährt. Den letzten Prüfstein können ja erst die Verhandlungen im Reichstage geben, an deren Schwelle wir jetzt stehen. Aber an dieser Schwelle ist beides lohnend, ein Rückblick und ein Vorblick, denn viel hängt von der Fassung ab, in welcher der Reichstag wie die öffentliche Meinung die Schwelle überschreiten.

Im ersten Briefe schrieben wir: „Für die Entscheidung über die Zoll- und Steuerreform im Reichstag kommen die drei großen Parteien in Betracht, das Centrum, die vereinigten Konservativen und die Nationalliberalen.“ Was wir damals vom Centrum gesagt, hat seitdem eine durchgehende Bestätigung gefunden. Die Herren vom Centrum nehmen die Schutzzölle an, sie haben mit sichtlichem Vergnügen eine offiziöse Auslassung aufgenommen, welche ihnen bestätigte, daß sie nicht um der Kirchenpolitik, sondern um ihrer Wähler willen schutzzöllnerisch sind. Desto eifriger erklären sie, sich den Finanzzöllen gegenüber volle Freiheit wahren zu müssen. Die Bewilligung der Finanzzölle wollen sie abhängig machen von dem Nachweis des Bedürfnisses, von Bürg-

Grenzboten II. 1879.

26

schaften für die Macht des Reichstages, für die Macht der Landesvertretungen, für die Selbständigkeit der Bundesregierungen und sogar für den Einfluß der letzteren auf die Reichsregierung. Kein geringer Preis ist es, schon mehr eine Art Preiskourant, auf Grund welches die Herren mit sich handeln lassen wollen, denn glücklicherweise haben sie noch keine festen Preise aufgestellt. Aber ob das wohl alles so ernsthaft gemeint ist? Es ist schwer, an diesen Ernst zu glauben, wenn man Folgendes erwägt.

Es steht fest, daß die Verhandlungen zwischen Berlin und dem Vatikan zur Beilegung des Kirchenkonfliktes dem Ende noch nicht entgegengehen, weder dem Ende des Abbruches noch dem Ende der Vereinbarung. Die Entscheidung der deutschen Finanzreform im Reichstage wird für diese Verhandlungen unter allen Umständen einen wichtigen Zwischenfall bilden; das kann man sich sagen, ohne ein tiefer Politiker zu sein. Nehmen wir an, das Centrum träte für den ganzen Finanzplan des Reichskanzlers ein und verhälfe diesem damit zum Siege, so wäre es fortan unmöglich, das Centrum eine reichsfeindliche Partei zu nennen. Welches immer die Rechnung des Centrum bei einem solchen Verhalten gewesen sein möchte, die Thatsache bliebe bestehen, daß die folgenreichste Maßregel zur Sicherung des Deutschen Reiches dem Centrum verdankt werden müßte. Wie wäre es möglich, die Partei, welche den festesten Baustein zum Reiche gelegt, zu beschuldigen, daß sie noch auf die Zerstörung desselben sinne? Welche Rechnung man immer dem Centrum unterschieben wollte, niemand könnte leugnen, daß in dieser Rechnung das Deutsche Reich als positive und als beständige Größe, nicht aber als wegzuschaffende figuriren muß. Demzufolge könnte bei den Verhandlungen mit Rom die Existenz der Centrumspartei nicht mehr als Friedenshinderniß, nicht mehr als Ursache des Bedenkens gegen Einräumungen an die katholische Kirche in Betracht kommen. Dies ist ein Thatbestand, den unseres Erachtens Jeder sehen kann, der Augen zu sehen hat. Nehmen wir aber jetzt den entgegengesetzten Fall, den Fall, daß das Centrum die Finanzreform im jetzigen Reichstage vereitelt, so wird es die Nothwendigkeit von Neuwahlen herbeiführen. Die Hauptprobe aufrichtigen Willens zum Frieden, welche die Reichsregierung von dem Vatikan alsdann verlangen muß, ist daß der Klerus bei den Neuwahlen sein Ansehen nicht zu Gunsten des Centrum, sondern zu Gunsten nicht reichsfeindlicher Abgeordneten in die Waagschale werfe. Ob die Herren vom Centrum ernstlich die Absicht haben, sich zwischen die beiden Feuer der vatikanischen Verleugnung und der neuen Popularität des Reichskanzlers auch bei den katholischen Wählermassen zu stellen, muß man sehr bezweifeln. Wir können daher nur wiederholen, was wir im ersten dieser Briefe gesagt: Das Centrum ist nicht nur bei den Schutzzöllen, sondern auch bei den Finanzzöllen kein gefährlicher d. i.

kein ernsthafter Gegner; setzen wir hinzu: möglicherweise sogar ein unerwarteter Helfer.

Soviel vom Zentrum. In der Stellung der Konservativen hat sich nichts geändert, sie sind mit wenigen Ausnahmen eine zuverlässige Streitschaar für die Finanzreform. So bleiben noch die National-liberalen. Die Plage dieser Partei, von rechts und links gescholten zu werden, hat in der letzten Zeit noch immer zugenommen. Diese Art Plage ist lästig, aber ehrenvoll, wenn der Gescholtene zwischen den Extremen den Siegergang schreitet. Aber so ist es leider nicht. Das Mißgeschick der Partei, welche trotz alledem die größte Theilnahme verdient, ist ihr Ungeschick. Sie entzweit sich immer wieder mit dem Reichskanzler, ohne daß der Riß bis jetzt unheilbar geworden. Das letztere ist noch nicht eingetreten, weil es zu widersinnig ist, daß die Partei, deren ganzes Ziel die nationale Größe ist, den Staatsmann bekämpfen soll, der für diese Größe das nie Geglaupte gethan hat und täglich zu vollbringen fortfährt. Aber die Partei entzweit sich bei jedem Anlaß von neuem mit dem Schöpfer der nationalen Größe, nicht darum, wie eine kindische Auffassung die Thatsache manchmal erklärt, weil der Staatsmann sie nicht genug in seine Gedanken einweihet, sondern darum, weil die Partei bei dem edelsten Willen für das nationale Werk nie dahin gelangt ist, die Bedingungen dieses Werkes zu verstehen. Zur Zeit des Militärkonfliktes verstanden die nationalen Liberalen — die Komposition „National-liberal“ war damals noch nicht üblich geworden — nicht die elementarste Voraussetzung für die Schaffung der deutschen Einheit, nämlich ein selbstthätiges preußisches Heer im Sinne der modernen Kriegsbedingungen, und so ist es fortgegangen, und so geht es fort bis zum heutigen Tage. Wir können dieses politisch und moralisch traurige, psychologisch höchst merkwürdige Kapitel heute nicht genügend erörtern. Genug, die National-liberalen sind eben wieder dabei, dem Reichskanzler bei einer seiner großen patriotischen Arbeiten in den Arm zu fallen. Sie meinen, das Reich brauche nicht so viel Geld, gerade wie sie 1860 meinten, Preußen brauche nicht so viel Soldaten. Sie waren kürzlich schon im Begriff zu meinen, man könne dem Reich die Finanzzölle bewilligen, wenn es auf die Schutzzölle verzichte, aber heute meinen sie wieder, man dürfe auch die Finanzzölle nicht bewilligen.

Woher dieser Wechsel? Die „konstitutionellen Garantien“ spielen ihre Rolle seit dem Besuch, den Herr v. Bennigsen im Dezember 1877 in Varzin abstattete. Aber wohl gemerkt, damals handelte es sich nur um Garantien für den Einfluß der Landesvertretungen auf die aus neuen Reichseinnahmen den Einzelstaaten vielleicht zufließenden Ueberschüsse. Wie man weiß, hat der preußische Finanzminister gegen den Schluß der letzten Landtagsession im Februar 1879 dem Abgeordnetenhaufe eine königliche Ordre zur Kenntniß ge-

bracht, worin der König sein Einverständnis erklärt, daß bei Einnahmen, welche durch eine Steuerreform des Reiches dem preußischen Staate zufließen, sogar bei einer Herabminderung der Matrikularbeiträge unter den im Haushaltsplan von 1879 vorgesehenen Satz, die Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer um einen entsprechenden Betrag vermindert werde, falls nicht über die Mehreinnahme durch Einverständnis der gesetzgebenden Faktoren anderweitig disponirt wird. Der Finanzminister fügte sogar das Versprechen hinzu, diesen Willen der Staatsregierung durch die Vorlage eines Gesetzes nach Abschluß der Steuerreform des Reiches als einen dauernden zu binden. Damit war nach der damaligen allgemeinen Voraussetzung, insbesondere nach allen Erklärungen der national-liberalen Partei, die Frage der konstitutionellen Garantien bis zur Ausführung der verheißenen gesetzgeberischen Maßregel erledigt. Mit einem Male besinnt sich jetzt die national-liberale Partei, daß sie Garantien zu fordern habe nicht bloß für das Steuerverminderungsrecht der Einzelstaaten bei dem Fall erhöhter, den Einzelstaaten zu gute kommender Reichseinnahmen, sondern auch für das periodische Einnahme-Bewilligungsrecht des Reichstages, welches bisher in den Matrikularbeiträgen enthalten gewesen sei und mit dem Wegfall dieser nicht in Wegfall kommen dürfe.

Woher so plötzlich dieser neue Gedanke? Es ist schwer, die Vermuthung abzuweisen, daß die Ankündigung des Zentrums, gegen die Finanzzölle Opposition zu machen, an der in Aussicht genommenen Strategie der national-liberalen Partei ihren Antheil hat. Man ist ärgerlich über die Aussicht, bei den Schutzzöllen durch die Stimmen des Zentrums und der Konservativen geschlagen zu werden, man ist gegen die Schutzzölle nicht einmal der eigenen Reihen sicher. Aber man will dem Reichskanzler nicht folgen, man will ihm noch weniger in allen Punkten unterliegen, also greift man mit beiden Händen nach der Aussicht, ihm eine theilweise Niederlage durch die Hilfe des Zentrums beizubringen. Trauriges und gefährliches Auskunftsmittel einer Partei, die aller wahren politischen Leitung gänzlich ermangelt! Der Gedanke ist vor Allem unlogisch. Die Disposition über die Reichsüberschüsse, welche sich aus natürlich wachsenden Einnahmen ergeben, kann nicht zugleich dem Reichstage und den Einzellandtagen zugewiesen werden. Wenn das Reich seine Bedürfnisse befriedigt hat, dann müssen Reichsregierung und Reichstag den Einzelstaaten die Ueberschüsse zur freien Verwendung nach Vereinbarung der Regierungen mit den Landtagen gönnen, oder aber das Reich führt keine Ueberschüsse an die Einzelstaaten ab, sondern ermäßigt, sobald es Ueberschüsse erzielt, seine Einnahmen. Wollte das Reich seine Einnahme-Ueberschüsse nach Gunst entweder zurückhalten oder den Einzelstaaten zufließen lassen, das eine Jahr so, das andere Jahr anders, nach den Launen der Majoritäten, so müßte die heillofeste Verwirrung entstehen.

Eine sichere Finanzpolitik wäre weder im Reiche noch in den Einzelstaaten möglich. Man sieht also deutlich, wie dieser unlogische Gedanke nicht aus den Anforderungen der Sache erwachsen ist, sondern aus der Aussicht, an der Seite des Zentrums ein erfolgreiches Manöver ausführen zu können. Die Künstler, welche dieses Manöver ausgedacht, sind traurige Patrioten und traurige Strategen. Die Rechnung auf das Zentrum kann gewaltig trügen, der moralische Schaden aber, der aus diesem Plan erwächst, selbst wenn er nicht über den Versuch hinauskommt, kann unermesslich sein. Mögen die Abgeordneten, deren Stimmen in der national-liberalen Fraktion Gewicht haben, auf der Hut sein für die Zukunft ihrer Partei. Daß man übrigens diesem periodischen Einnahme-Bewilligungsrecht des Reichstages auch eine harmlose Gestalt geben kann, welche der national-liberalen Partei von dem jetzt unvorsichtig betretenen Weg einen leidlichen Rückzug läßt, wollen wir schon heute anzudeuten nicht unterlassen. Davon vielleicht im nächsten Briefe mehr.



---

## Literatur.

Der Stil in den technischen und tektonischen Künsten. Von Gottfried Semper.  
Zweite Auflage. In Lieferungen. München, Bruckmann, 1878.

Die moderne, vom besten Erfolge gekrönte Bewegung zur Verbesserung der Kunstgewerbe und der Kunst-Industrie Deutschland's ist im Wesentlichen das Verdienst von Theoretikern. Zwei große literarische Werke sind es vor Allem, welche diese tiefgehende und nachhaltige Bewegung angeregt und in die richtige Bahn geleitet haben: Carl Bötticher's „Tektonik der Hellenen“ und Gottfried Semper's Werk „Der Stil in den technischen und tektonischen Künsten“. Ganz unabhängig von einander entstanden, unternahmen es beide, vor dreißig Jahren zum ersten Male mit Nachdruck auf den innigen Zusammenhang zwischen Kunst und Technik hinzuweisen und in das wahre Verständniß der gewerblichen Kunstwerke alter Zeit, die sie als mustergiltig auch für unsere Tage bezeichneten, einzuführen. Beide fanden, wie alles Bedeutende, anfangs nur in wenigen Kreisen Beachtung; die Meisten verstanden sie nicht, ließen sie unbeachtet oder bekämpften sie. Und in der That war das Verständniß dieser Werke nicht leicht. Das System, welches diese Männer aufgestellt, erschien vollständig neu und stand in direktem Gegensatz zu den allgemein als richtig erkannten Grundsätzen; die Sprache, deren sie sich bedienten, war schwerfällig;